

FRANKREICH

Pamphlet der Wut

Die Franzosen mögen ihren Präsidenten nicht mehr, sie haben ihm schon bei den Kommunalwahlen Mitte März eine Warnung erteilt. Jetzt wollen sie, dass er endlich die Ray-Ban-Brille abnimmt und anfängt zu arbeiten. In Umfragen liegt mittlerweile Premierminister François Fillon 25 Punkte vor Nicolas Sarkozy – so etwas hat es noch nie gegeben in der Fünften Republik. Und nun erschien auch noch ausgerechnet dieses Buch – ein Buch, so böse und wütend, wie es selten eines gab in der französischen Politik. Der Titel gibt den Ton vor: „Ça va mal finir“ – „Das wird schlimm enden“. Auf der Rückseite des Buchs steht „Ich habe Nicolas Sarkozy gewählt, aber ich schlafe seitdem schlecht“; geschrieben hat es François Léotard, 66, ehemaliger Kultur- und Verteidigungsminister. Er kennt Sarkozy seit mehr als 20 Jahren, die beiden duzen sich. Léotard zeichnet das Porträt eines Mannes, der seinem Amt nicht gewachsen ist, dem Geld und Geltung wichtiger sind als alles andere, der keine klare Haltung hat und ein Konzept schon gar nicht: „Sarkozy ist eine Art Glenn Gould in



Miniformat. Er spielt mit den Worten auf seiner Tastatur und schaut dabei so drein, als ob es ein Meisterwerk wäre. Ist es aber nicht.“

Die 140 Seiten treffen den Zeitgeist: Innerhalb einer Woche fanden sich 65 000 Käufer, das Buch steht auf Platz eins der Bestsellerlisten. Sarkozy habe das Amt des Präsidenten banalisiert, schreibt Léotard. Er benehme sich einfach unmöglich: Er liest während der Audienz beim Papst SMS. Er spricht zu seinen Wählern wie ein Kneipengänger („Komm her, wenn du ein Mann bist“). Er stellt dem Land seine neue Frau in Disneyland vor, inmitten von Schlümpfen, Mickys und Plutos. Nicht in den Arkaden des Palais Royal oder im Schloss Fontainebleau, nein, ausgerechnet in diesem „Tschernobyl der Kultur“, stöhnt Léotard. Aus dem Elysée gab es bislang keine Stellungnahme. Zwei Minister der Regierung hätten ihn angerufen, so Léotard, und ihm gesagt, Sarkozy interessiere sich zurzeit für solche Dinge nicht, er sei immer noch so verliebt.

François Léotard: „Ça va mal finir“. Editions Grasset, Paris; 140 Seiten; 10 Euro.



Proteste gegen Wilders' Anti-Koran-Film in Kabul

NIEDERLANDE

„Ich hasse diese Ideologie“

Der rechtspopulistische Politiker Geert Wilders, 44, über seinen Feldzug gegen den Islam

SPIEGEL: Sie haben soeben den lange angekündigten Film gegen den Koran veröffentlicht. Regierungschefs der EU haben bereits darüber diskutiert, in Afghanistan brannten schon niederländische Flaggen. Haben Sie Ihr Ziel zu provozieren erreicht?

Wilders: Die politische Elite hat eindrucksvoll demonstriert, dass sie aus dem Streit um die dänischen Mohammed-Karikaturen nichts gelernt hat. Sie geht vor den Islamisten in die Knie. Unsere Regierung entwirft zum Beispiel Evakuierungspläne für ihre Vertretungen im Ausland. Das ist eine Botschaft an militante Muslime, die danach schreit, sich selbst zu erfüllen.

SPIEGEL: Sie berufen sich auf das Recht der freien Meinungsäußerung. Aber Sie fordern ein Verbot des Korans. Verstößt das nicht gegen das Gebot der Toleranz gegenüber Andersgläubigen?



WIEBE KIESTRUP / LAIF

Wilders: Für mich ist der Islam eine Gesellschaftsvision, die vom Erbrecht bis zum Strafrecht alle zwischenmenschlichen Dinge regelt. Diese Ideologie ist eine Gefahr für unsere Werte. Ich hasse sie, ich hasse nicht die Muslime.

SPIEGEL: Ist ihr Vergleich des Koran mit Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ nicht völlig unangemessen? Damit liefern Sie doch den radikalen Imamen ein perfektes Feindbild.

Wilders: Ich will eine Diskussion anregen. Ein Teil

der Koran-Verse motiviert Gläubige dazu, die abscheulichsten Gewalttaten zu begehen. Wo ist denn der Imam, der in den Niederlanden aufsteht und sagt, für uns sind Homosexuelle gleichberechtigt und jeder hat das Recht, den Glauben abzugeben?

SPIEGEL: Ihre Tiraden bringen doch die große Mehrheit gemäßigter Muslime und alle, die sich für eine Reform des Islam einsetzen, in große Verlegenheit.



STEFAN JAN SABAWOON / DPA

Wilders: Gemäßigter Islam? Das ist ein Widerspruch in sich. Es wird wohl noch sehr sehr lange dauern, bis ein neuer Koran entsteht, so wie im Christentum das Neue Testament. Im Namen des Buddhismus oder des Christentums werden jedenfalls keine Anschläge verübt oder Homosexuelle verdroschen, so wie das täglich in Amsterdam passiert.

SPIEGEL: Aber die Kriminalität jugendlicher Immigranten hat doch mit Religion nichts zu tun.

Wilders: Stimmt, einen Koran tragen sie nicht unter dem Arm. Aber zu Hause steht er. Und ihre Väter gehen zur Moschee. Die sagen ihnen nicht, dass es verboten ist, Andersgläubige oder Frauen zu verprügeln. Deshalb müssen wir uns auch stärker für eine Art von Leitkultur einsetzen. Keine Monokultur, aber eine dominante Kultur, die sich aus unserem christlichen, jüdischen, humanistischen Erbe speist und die das islamische Problem beherrschbar machen soll. Das ist kein Nationalismus, sondern Patriotismus, das ist Stolz auf die eigene Kultur.

SPIEGEL: Sie haben mehrfach Dialog-Angebote muslimischer Verbände ausgeschlagen. Ihnen geht es doch vor allem um Wählerstimmen.

Wilders: Ich vertrete eine halbe Million Menschen, die sich über den Islam Sorgen machen. Ich bin Parteipolitiker, und dafür schäme ich mich auch nicht.

ARGENTINIEN

Teure Steaks

Drei Monate nach dem Amtsantritt der Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hat die Staatschefin viele Sympathien verloren und die Gesellschaft tief gespalten. Große Teile der Mittelschicht haben sich mit den Farmern solidarisiert, die gut zwei Wochen lang mit Streiks und Straßenblockaden gegen die Erhöhung der Exportsteuern für landwirtschaftliche Produkte protestiert hatten. Kirchner-Unterstützer hatten sich mit den Landwirten blutige Auseinandersetzungen geliefert. Vor allem in der Hauptstadt Buenos Aires gilt die „Presidenta“ inzwischen als arrogant. Die Proteste der Bauern hätten der Mittelschicht als Ventil für ihren „Zorn“ gedient, räumte sie ein, nachdem die Bauern am Freitagabend Verhandlungen versprochen hatten. Durch die Streiks ist es bereits zu Fleischknappheit gekommen. Die Regierung will mit der Erhöhung der Exportsteuern die Ausfuhr von Agrargütern bremsen, um so die drastisch gestiegenen Preise für Lebensmittel zu drosseln. Bislang ist es ihr jedoch nicht gelungen, die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Wirtschaftsexperten werfen der Regierung vor, dass sie die wahre Teuerungsrate schön, und prophezeien, dass die Preise für Steaks und Getreideprodukte weiter anziehen.



Leere Fleischtheke in Buenos Aires

SANTIAGO PANDOLFI / REUTERS

ISRAEL

Zurück nach Afrika

Jerusalems Regierung will rigoros gegen Flüchtlinge aus Afrika vorgehen und erntet dafür scharfe Kritik. Ministerpräsident Ehud Olmert befahl vergangene Woche der Armee die „heiße Abwehr“ von Afrikanern, die versuchen, illegal die Grenze aus Ägypten zu überqueren. „„Heiße Abwehr“ heißt mit dem Finger am Abzug“, sagt die für Flüchtlinge zuständige Vizebürgermeisterin von Tel Aviv, Jael Dajan. Gerade ein Land, dessen Bewohner größtenteils selbst von Flüchtlingen abstammen, müsse seiner humanitären Verantwortung gerecht werden, fordert der Vorsitzende der linken Merezpartei, Chaim Oron. Obwohl Israel der Genfer Flücht-

lingskonvention beigetreten ist, weigert sich Olmert bislang, ein Asylgesetz zu verabschieden. Er will die Flüchtlinge wieder abschieben, die bereits in Israel leben, und das, obwohl die Wirtschaft jahrelang billige Arbeiter aus Asien angeworben hat. Rund 8000 Afrikaner leben derzeit in Israel, die meisten kommen aus Eritrea und dem Sudan. Nur 600 sollen ein Bleiberecht bekommen. Die Abschiebungen gestalten sich jedoch schwierig. Ägypten weigert sich, die Flüchtlinge zurückzunehmen. Mit dem Sudan unterhält Israel keine diplomatischen Beziehungen. Und in Eritrea droht den Heimkehrern Gefahr. „Sie werden erschossen oder gefoltert“, warnte der israelische Botschafter in Eritrea. Bis eine Lösung gefunden ist, sollen die meisten der Flüchtlinge in Lagern untergebracht werden.



Sudanesische Flüchtlinge im Süden Israels

AMIT SHABI / LATIF